

Resolution zur Europawahl

Unsere Antwort: Ein vereintes Europa

1 **Elf Punkte, wie wir die Europäischen Werte beleben, die EU stärken und sie besser für**
2 **alle machen.**

3 Seit ihrer Gründung ist die Europäische Union ein Garant für Frieden und Wohlstand auf
4 unserem Kontinent. Europäische Grundrechte, Förderpolitik oder die Freizügigkeit haben das
5 Leben vieler Menschen verbessert. Die Europawahl 2019 wird eine richtungsweisende
6 Entscheidung über die Zukunft der EU – entwickelt sich die EU zu einem Akteur, der in einer
7 globalisierten Welt wirtschaftlich, ökologisch und sozial bestehen, und sie gestalten kann? Oder
8 zersplittert die EU in Nationalismen, versäumt die Durchsetzung ihrer Werte und überlässt die
9 Gestaltung der globalisierten Welt anderen nach deren Vorstellungen?

10 Erstmals sitzen in Mitgliedsstaaten der EU Anti-Europäerinnen und -Europäer nicht nur in den
11 Parlamenten, sondern in Regierungen. Mit dem Vereinigten Königreich tritt einer der größten
12 und stärksten Mitgliedsstaaten aus der EU aus. Die EU ist konfrontiert mit zunehmend
13 autokratischen Großmächten, die kein Interesse an der demokratisierenden Wirkung und dem
14 wirtschaftlichen Erfolg einer einigen EU haben. Stattdessen wollen sie der friedlichen Integration
15 nationaler Demokratien zu einer neuen Gemeinsamkeit ein Ende setzen. Trump hat die EU als
16 Feind bezeichnet, Putin unterstützt unverblümt europafeindliche Parteien. Ein zersplittertes und
17 verstrittenes Europa ist ihr Ziel. Nicht nur aus direktem Eigennutz, sondern weil damit die
18 Alternative zu ihrem aggressiven Nationalismus in Trümmern läge: die Vision einer
19 demokratischen und sozialen Einigkeit der Nationen zum wechselseitigen Nutzen. Jetzt drängen
20 die Anti-Europäerinnen und -Europäer innerhalb der EU mit Unterstützung ihrer
21 Gesinnungsgenossen außerhalb der EU auf eine Verhinderungsmehrheit im Europäischen
22 Parlament.

23 Lasst uns die Grundgedanken und Werte der europäischen Integration mit Stolz und Mut
24 verteidigen. Und verbessern wir die Politik, die in der EU gemacht wird. Denn gewiss nicht jede
25 Kritik an der EU ist wohlfeil oder nationalistisch. Vielfach war die konservativ-liberale Mehrheit
26 in den Institutionen der EU nicht willens und nicht fähig, Arbeitnehmerrechte zu schützen,
27 globale Probleme gemeinsam anzugehen, negative Folgen ihrer Politik für Drittstaaten zu
28 vermeiden und die Wirtschaft zu gestalten, wo der Markt versagt.

29 Wir müssen jetzt handeln. Denn wer kann inzwischen sagen, ob dies nicht die letzte Europawahl
30 ist, in der wir noch die Weichen stellen können für ein geeintes Europa der Freiheit und
31 Solidarität? **Wir brauchen jetzt (!) ein besseres Europa.**

- 32 1. **Ein solidarisches und stabiles Europa**, das seine Einwohner und Einwohnerinnen
33 schützt, ihre Teilhabe an die Arbeitswelt und Demokratie sichert sowie Ungleichheit und
34 Armut verringert: Mit einer starken Säule sozialer Rechte, wirksamer Politik für
35 Beschäftigung und Arbeitnehmerrechte sowie starken Kohäsionsfonds.
- 36 2. **Ein gerechtes Europa**, das Finanzmärkte konsequent reguliert und besteuert, und
37 gegenüber Konzernen und Steuervermeidern Stärke zeigt. Deswegen fordern wir eine
38 Digital- und eine Finanztransaktionssteuer.
- 39 3. **Ein nachhaltiges Europa**, das Pionier für einen global wirksamen Umwelt- und
40 Klimaschutz ist, eine gemeinsame Energiepolitik und zukunftsweisende
41 Landwirtschaftspolitik betreibt.

- 42 4. **Ein starkes Europa**, das zusammensteht gegenüber in- und ausländischen Kräften, die
43 die europäische Einigung zersetzen wollen. Ein solches Europa gestaltet seine Außen-,
44 Sicherheits- und Entwicklungspolitik gemeinsam im Sinne eines friedlichen
45 Zusammenlebens, der Konfliktvermeidung, einer fairen wirtschaftlichen Entwicklung für
46 alle und eines partnerschaftlichen Miteinanders aller Staaten.
- 47 5. **Ein rechtsstaatliches Europa**, das seine Werte und die Freiheit seiner BürgerInnen
48 gegen autokratische Regierungen schützt und in der Globalisierung demokratische
49 Gestaltungsmacht sichert.
- 50 6. **Ein Europa der Würde**, das seinen Bürgerinnen und Bürgern soziale Mindeststandards
51 garantiert, Geflüchteten Schutz bietet und ein gemeinsames, solidarisches und
52 humanitäres Asylsystem schafft.
- 53 7. **Ein dynamisches Europa** mit einer gemeinsamen krisensicheren Wirtschafts- und
54 Finanzpolitik, einer proaktiven Industriepolitik, einer Politik des fairen Handels und der
55 gleichmäßigen Entwicklung ländlicher und urbaner Räume.
- 56 8. **Ein sicheres Europa**, das gemeinsam gegen Terror und organisierte Kriminalität
57 vorgeht.
- 58 9. **Ein vernetztes Europa** der gemeinsamen Infrastrukturen, Schienen-, Straßen- und
59 Wasserwege und digitaler Netze.
- 60 10. **Ein Europa des freien Reisens**, das seine offenen Binnengrenzen wiederherstellt und
61 die Mobilität seiner Bürgerinnen und Bürger unterstützt.
- 62 11. Es geht um ein Europa, das darüber hinaus Visionen und Ziele entwickelt und somit an
63 einer gemeinsamen Zukunft baut. Das **vereinte Europa** ist unsere Antwort.

64 Dieses bessere Europa gibt es nur mit der SPD. Das werden wir im Europawahlkampf deutlich
65 machen.

66 Nur die SPD ist in der Lage, die europäisch gesinnten Weltbürgerinnen und Weltbürger mit den
67 Bodenständigen zusammenzubringen, die den Platz ihrer Heimat in einer starken EU sehen.
68 Nur die SPD hat zugleich die internationale Ambition, die Verankerung in Stadt und Land sowie
69 den Mut zu Gestaltung und sozialem Ausgleich.

70 Die SPD ist inzwischen die einzige europafreundliche Volkspartei in Deutschland. Die
71 Unionsparteien haben im Sommer 2018 gezeigt, dass sie im Zweifel bereit sind, Grundideen der
72 europäischen Integration und Grundwerte aufzugeben.

73 Lasst uns gemeinsam dafür kämpfen, dass die SPD am 26. Mai 2019 ein starkes Ergebnis
74 erzielt und die sozialdemokratische Familie stärkste Kraft im Europäischen Parlament wird!

75 **Begründung**

76 Zu 1.

77 Wir fordern, dass soziale Rechte in der EU endlich eine gleich große Bedeutung erhalten wie
78 wirtschaftliche Freiheiten. Der Vertrag von Lissabon mit der Europäischen Grundrechtecharta
79 sieht das vor. Aber wir dürfen nicht abwarten, ob und wann der EuGH sich im Einzelfall den
80 neoliberalen Vorstellungen in der Kommission und in Mitgliedsstaaten entgegenstellt. Die
81 europäische Säule sozialer Rechte muss durch Gesetzgebung gestärkt werden. Wir brauchen
82 Reformen, die das Auseinanderdriften der Wohlstandsniveaus innerhalb und zwischen den EU-
83 Mitgliedsstaaten umkehren und soziale Ausgrenzung bekämpfen. Wirksame Instrumente gegen
84 die Jugendarbeitslosigkeit bauen wir aus. Die EU muss zentrale Arbeitsstandards europaweit
85 sichern, die Sozialpartnerschaft stärken und Beschäftigung aktiv fördert. Die EU muss
86 verhindern, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Europa gegeneinander ausgespielt
87 werden können.

88 Schon heute ist der Europäische Sozialfonds (ESF) eine wichtige Stütze der
89 Beschäftigungspolitik hier in Sachsen. Der Europäischen Fonds für regionale Entwicklung
90 (EFRE) sichert wichtige Zukunftsinvestitionen in Wirtschaft, Infrastruktur und Innovation. Die
91 neue Förderperiode der Kohäsionsfonds ab 2021 muss genutzt werden, um diese Erfolge zu
92 verstetigen. Es braucht starke Übergangsregionen, damit wie bei uns in Sachsen der
93 Aufbau Erfolg der europäischen Regionalpolitik nicht durch ein abruptes Förderende gefährdet
94 wird.

95 Zu 2.

96 Die EU muss endlich unerbittlich gegen Steuervermeidung und Steuerhinterziehung vorgehen.
97 Den digitalen Geschäftsmodellen der Internetkonzerne muss Europa mit einem gemeinsamen
98 Steuerinstrumentarium begegnen (EU-Digitalsteuer). Der Finanzsektor wird mit der
99 Digitalisierung noch weiter an Bedeutung gewinnen. Nur Europa kann eine wirksame
100 Regulierung der Banken, Hedge-Fonds und Finanzorganisationen gewährleisten. Die
101 europaweite Finanztransaktionssteuer muss endlich kommen.

102 Zu 3.

103 Europa muss seine Zusagen aus den globalen Klimaverhandlungen erfüllen und wirksame
104 Mechanismen finden, seine Klimaziele national durchzusetzen. Die EU soll in globalen
105 Klimaverhandlungen eine umsichtige Vorreiterrolle übernehmen. Die unterschiedlichen
106 klimatischen und kulturellen Lebensbedingungen innerhalb Europas können dabei als kreativer
107 Ausgangspunkt dienen, um wirkungsvolle nachhaltige Konzepte für Forschung, Arbeit, Freizeit,
108 Mobilität, Landwirtschaft, Konsum sowie Stadt-Land-Beziehungen mit Vorbildwirkung zu
109 entwickeln.

110 Wir unterstützen die Grundidee einer Europäischen Energieunion. Europa ist der Ort, wo der
111 Übergang von einer fossilen zu einer nachhaltigen Energieversorgung auf der Grundlage von
112 Energieeffizienz, erneuerbarer Energie und intelligenter Infrastruktur am besten gelingen kann.
113 Energie muss dabei sauber, stabil und erschwinglich sein. Europa sollte durch erneuerbare
114 Energien seine Abhängigkeit von Energieimporten verringern.

115 Die gemeinsame Agrarpolitik der EU muss reformiert werden. Die bisherige Ausschüttung von
116 milliardenschweren Subventionen auf Basis der Flächengröße kommt vor allem Großbetrieben
117 zu Gute. Wir fordern eine Reform dieses Subventionssystems zu Gunsten von kleinen und
118 mittleren Betrieben. Auch die ökologische Landwirtschaft, genossenschaftlich organisierte

119 Betriebe und die Entwicklung ländlicher Räume müssen von einer europäischen Agrarpolitik
120 stärker als bisher gefördert werden.

121 Zu 4.

122 Die EU muss gegen Versuche zusammenstehen, sie von innen und außen zu spalten. In
123 globalen Krisen muss die EU gemeinsam agieren. Es gilt, Europas Kräfte zu vereinen um eine
124 multilaterale Friedens- und Werteordnung global zu stärken.

125 Die Macht einer geeinten EU von 500 Millionen Menschen muss zum Nutzen ihrer
126 Einwohnerinnen und Einwohner eingesetzt werden, aber nicht zum Schaden anderer. Wir
127 brauchen eine gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik, die sich an den
128 Werten der EU orientiert. In einer Zeit, in der mit den USA ein wichtiges Mitglied der NATO kein
129 verlässlicher Partner mehr ist, wächst der EU die Aufgabe zu, durch eine gemeinsame und
130 koordinierte Sicherheitspolitik unter Einbeziehung der Partner Konflikte mit und in Drittstaaten
131 zu vermeiden. Solche Konflikte entstehen auch durch zu große Wohlstandsgefälle, denen man
132 durch eine bessere Entwicklungspolitik entgegentreten kann.

133 Handelspolitik oder Landwirtschafts- und Fischereipolitik dürfen die Ziele der Entwicklungspolitik
134 nicht länger konterkarieren: Wir wollen weder weiterhin Märkte in Entwicklungsländern durch
135 den Export von subventionierten Restprodukten wie Hähnchenflügel zerstören, noch durch
136 europäische Fangflotten die Fischfanggründe vor den Küsten unserer Nachbarn leerfischen
137 lassen. Stattdessen bedarf es der Konzepte, alle Staaten der EU auf gemeinsame Ziele und
138 Mechanismen der Entwicklungspolitik auszurichten und diese sachlich und regional arbeitsteilig,
139 aber koordiniert umzusetzen.

140 Zu 5.

141 Europa ist eine Wertegemeinschaft. Alle Mitgliedsstaaten haben sich in den Europäischen
142 Verträgen und der EU-Grundrechtecharta auf Freiheit und Rechtsstaatlichkeit verpflichtet.
143 Grundrechtswahrung endet nicht mit dem EU-Beitritt. Wir fordern die Durchsetzung des
144 europäischen Rechtsstaatsmechanismus gegen autoritäre Bestrebungen einzelner
145 Mitgliedsstaaten.

146 Gleichzeitig lebt Europa auch vom Dialog über nationale Staatlichkeitstraditionen. Als Sachsen
147 haben wir eine besondere Verantwortung, den Dialog zu unseren Nachbarländern Tschechien
148 und Polen, aber auch zu den Visegrád-Staaten insgesamt, aufrecht zu erhalten. Wir nehmen
149 diese Verantwortung an.

150 Die vergangenen Jahre haben eine unerwartete Diskussion über Freihandelsabkommen
151 gebracht. Dabei hat sich herausgestellt, dass insbesondere solche Abkommen, die
152 Handelsmaßnahmen mit Investitionsschutz und Schiedsgerichtsbarkeiten kombinieren, tief in
153 staatliche Strukturen und verfassungsrechtlich gesicherte Positionen der Daseinsvorsorge, des
154 Verbraucherschutzes und der Selbstbestimmung von Regierungen und Parlamenten eingreifen
155 können. So besteht die Gefahr, dass zentrale politische Weichenstellungen von demokratisch
156 legitimierten Parlamenten auf kaum kontrollierte Organe der Exekutive verlagert werden. Eine
157 solche Aushöhlung der Volkssouveränität darf es nicht geben. Wir wollen diese
158 Demokratieeinschränkung durch neue Strukturen für die Aushandlung und Legitimation solcher
159 Abkommen verhindern.

160 Zu 6.

161 Wir brauchen in allen EU-Staaten eine Grundsicherung, die auf die Lebensverhältnisse
162 abgestimmt ist, aber den Mindeststandard an Menschenwürde garantiert.

163 Aber das Gebot des Europas der Würde richtet sich nicht nur nach innen. Europa ist
164 Sehnsuchtsort vieler Geflüchteter und Migrantinnen und Migranten. Aber die tatsächliche
165 Flüchtlingspolitik der EU hält den Anforderungen ihrer eignen Werte vielfach nicht stand. Europa
166 kann nicht tatenlos zusehen, wie sich vor seiner Küste Tragödien abspielen. Die EU und ihre
167 Mitgliedsstaaten müssen entschieden gegen kriminelle Schlepper vorgehen, nicht gegen
168 Flüchtlinge. Seenotrettung ist kein Verbrechen, sondern Pflicht – sie sollte umfassend staatlich
169 unterstützt können.

170 Gleichzeitig zeigt die Migrationsdynamik der letzten Jahre, dass Europas Einwanderungs- und
171 Asylrecht den Anforderungen an ihre Bewältigung nicht genügt und überarbeitet werden muss.
172 Nur die EU kann für ihre Mitgliedstaaten und Assoziierte gemeinsam nachhaltige Lösungen
173 finden. Die gemeinsame Verantwortung muss sich in einem gemeinsamen Asylsystem
174 niederschlagen. Wir brauchen ein modernes Einwanderungsrecht, das auch Fachkräften
175 jenseits der Hochqualifizierten Arbeitsmigration ermöglicht.

176 Zu 7.

177 Die EU muss endlich die vollständigen Lehren aus der Euro- und Staatsschuldenkrise ziehen.
178 Dazu muss die Wirtschafts- und Währungsunion reformiert werden, um Ungleichheiten zu
179 verringern. Die Bankenunion muss vollendet werden. Wir brauchen eine gemeinsame
180 europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Euro-Zone, die geeignet ist, mit den aus der
181 gemeinsamen Währung resultierenden Risiken angemessen umzugehen.

182 Es braucht eine abgestimmte europäische Industriepolitik um Arbeitsplätze, Wertschöpfung und
183 Innovation in der europäischen Industrie zu schaffen und zu erhalten. Wir verteidigen weiter das
184 generelle Beihilfeverbot in der EU, damit Konzerne Staaten und Regionen nicht gegeneinander
185 ausspielen können. Dabei muss aber gewährleistet sein, dass transeuropäisch bedeutende
186 Projekte möglich bleiben und nicht ganze Branchen die EU verlassen.

187 Die EU muss ihre ländlichen und urbanen Räume in Bezug auf Arbeit, Handel und sozialer
188 Infrastruktur als sich ergänzenden Teile einer gesellschaftlichen Einheit entwickeln.
189 Gleichwertige Existenzgrundlagen bei vielfältigen Lebensentwürfen der Menschen müssen zum
190 Leitziel dieser Entwicklung werden.

191 Die EU muss eine Politik des fairen Handels verfolgen. Wir wenden uns gegen die verfehlte
192 Politik des unregulierten Freihandels ebenso wie gegen einen Rückfall in Protektionismus.
193 Gegen unfaire Handelspraktiken und Willkürzölle anderer Länder muss die EU WTO-konform
194 vorgehen.

195 Forschung und Innovation sind Europas Rohstoffe der Zukunft. Die EU muss weiter ehrgeizige
196 Forschungsprogramme auflegen und mit ihrer Wirtschaftsförderung die Steigerung des Anteils
197 für Forschung und Entwicklung unterstützen.

198 Zu 8.

199 Kriminalität und Terrorismus machen vor Staatsgrenzen nicht halt. Die Menschen in der EU
200 verlangen zurecht Schutz durch Europa. Wir wollen eine EU, die hilft Freiheit, Unversehrtheit
201 und Eigentum ihrer Einwohnerinnen und Einwohner zu schützen.

202 Wir wollen die Polizeibehörde EUROPOL technisch und personell so ausstatten, dass der
203 Informationsfluss unter den Ermittlungsbehörden der Mitgliedsstaaten erleichtert wird.
204 Datenschutz und Grundrechtsachtung müssen dabei gesichert werden.

205 Um dem Terrorismus die Stirn zu bieten müssen sich die EU-Mitgliedsstaaten besser vernetzen.
206 Wir wollen, dass der elektronische Zugriff auf spezifische Datenbanken in anderen
207 Mitgliedstaaten schnell möglich wird. Dabei sind die Grundrechte unbedingt zu achten.

208 Wir wollen die Europäische Staatsanwaltschaft stärken, die gegen Steuer- und
209 Subventionsbetrug ermittelt, damit die Mittel der EU nicht kriminell abgeschöpft werden.

210 Zu 9.

211 Große europäische Infrastrukturprojekte wie die Transeuropäischen Verkehrsnetze dienen als
212 Investitionsimpuls und bringen Europa näher zusammen. Handel und Tourismus profitieren
213 davon. Mit der Eisenbahn-Neubaustrecke Dresden-Prag wird Sachsen mit großzügiger
214 Unterstützung der EU zum Mittelpunkt des Orient-/East-Med-Korridors, der Mitteleuropa mit der
215 Nord- und Ostsee, aber auch dem Schwarzen Meer und dem Mittelmeer verbindet. Wir
216 unterstützen den Aufbau solcher europäischen Infrastrukturen.

217 Zu 10.

218 Wir wenden uns gegen die zunehmende Einschränkung der Reisefreiheit in der EU. Die
219 Binnengrenzen dürfen nur in Ausnahmefällen temporär geschlossen werden. Versuche, das
220 Europa der vier Freiheiten zu unterhöhlen, lehnen wir ab. Das gilt besonders für die
221 Austrittsverhandlungen mit dem Vereinigten Königreich. Es darf kein Musterfall geschaffen
222 werden, der einem Nichtmitglied Zugang zum Gütermarkt gewährt und ihm gleichzeitig erlaubt,
223 europäische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu diskriminieren. Die EU muss die Integrität
224 ihres Binnenmarkts wahren.

225 Innerhalb der EU unterstützen wir Mobilitätsprogramme in Arbeit und Ausbildung wie Erasmus+.
226 Europäische Freiwilligendienste wie das Europäische Solidaritätskorps sollen diese ergänzen.

227 Zu 11.

228 Europa braucht einen starken und fortschrittlichen Haushalt, damit die EU über Mittel verfügt,
229 um auf die zahlreichen derzeitigen Herausforderungen reagieren zu können. Die EU sollte in
230 transnational sinnvoll zu steuernden Bereichen eigene Steuern erheben können, die direkt
231 ihrem Haushalt zufließen, etwa über eine europäische Finanztransaktionssteuer.

232 Außerdem braucht die EU eine neue Grundlage für die Gestaltung der veränderten
233 internationalen Ordnung. Die Debatte um die institutionelle Zukunft Europas muss fortgesetzt
234 werden. Das nächste Europaparlament sollte auf die Einberufung eines neuen Konvents
235 drängen, der Vorschläge für mutige Vertragsreformen unterbreitet. Wir brauchen einen neuen
236 Zukunftsentwurf für ein vereintes Europa.